

## Hier unsere Pressemitteilung zur geplanten Erhöhung der Müllgebühren:

Pößneck, den 09.10.18

# Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um die Veröffentlichung der folgenden Pressemitteilung.

Die Unabhängige Bürgervertretung(UBV) und die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. sprechen sich gegen eine geplante Gebührenerhöhung des Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO) aus. Der ZASO beabsichtigt in seiner Sitzung am 15.10.18 die Grundgebühren und Leistungsgebühren drastisch zu erhöhen. So soll für einen Zwei-Personen-Haushalt die Grundgebühr um 40 % auf 110,16 € (bisher 78,60 €) und die Leistungsgebühr zum Entleeren eines 120 l Abfallbehälters um 17 % auf 3,90 €

(bisher 3,33, €) steigen. Für UBV und BIRSO ist dies unverantwortlich gegenüber einen Großteil der Bevölkerung in beiden Landkreisen. Der Vertreter der UBV im ZASO, Wolfgang Kleindienst, wird der Gebührenerhöhung nicht zustimmen und eine maximale Erhöhung in Höhe der Inflationsrate für 2018 von 1,9 % fordern. Dazu müssen alle Kosten, Ausgaben und Investitionen auf den Prüfstand.

Eine weitere Absage wird der beabsichtigten Einführung eines elektronischen Identensystems erteilt. Die Restmülltonnen sollen mit einem Chip ausgerüstet werden. Die Kosten liegen bei 900 T€, bei jährlich prognostizierten Einsparungen von 120 T€. Grund der Ablehnung ist vor allem die Umstellung der Gebührenschildner von Haushalten auf Grundstückseigentümer ab 2022. So werden zukünftig die Vermieter, wie z.B. Wohnungsgesellschaften, für ihre Mieter Gebührenschildner. Die Kosten werden dann mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Wohnfläche umgelegt. Dies widerspricht dem Prinzip der Abfallvermeidung und auch den §§ 3 und 15 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG). Dort ist festgelegt, dass Erzeuger und Besitzer von Abfällen jede natürliche oder juristische Person ist und diese verpflichtet sind, die Abfälle zu beseitigen. UBV und BIRSO sind auch von der Arbeitsweise der Verantwortlichen des ZASO enttäuscht. Für die Sitzung am 15.10.18 sind insgesamt 42 Tagesordnungspunkte vorgesehen. Das ist gegenüber den Verbandsräten, der Verwaltung und auch den Bürgern unverantwortlich. In den letzten 3 Jahren wurden wiederholt Sitzungen abgesagt oder verschoben. Hinzu kommt, dass in der Tagesordnung die Einführung des Identensystems nach dem Beschluss der neuen Gebührenordnung beraten wird und die Kosten des Identensystems bereits in der neuen Gebührenkalkulation enthalten sind. Auch der Antrag zur Trennung von Kesselstäuben in der TVS Schwarza ist als TOP 37 vorgesehen und wird nach der Beschlussfassung des Haushaltes 2019 beraten. Man geht also von vornherein schon von einer Zustimmung zum Identensystem und von einer Ablehnung zur Trennung des Kesselstaubes aus. Das ist unverantwortlich und zeugt von einem schlechten Arbeitsstil und einer Missachtung der Verbandsräte.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst  
i.A. der UBV und der BIRSO

**Berichterstattungen der Ostthüringer Zeitung zu dieser Problematik:**

## **Kritik an Plänen der Abfallwirtschaft: „40 Prozent Gebührenerhöhung sind unverantwortlich“**

Unabhängige Bürgerversammlung und Bürgerinitiative im Saale-Orla-Kreis kritisieren das Vorgehen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft. OTZ 12. Oktober 2018 / 02:39 Uhr

Der Zweckverband Saale-Orla plant eine Gebührenerhöhung bei der Abfallbeseitigung von 40 Prozent. Bürgerversammlungen sind dagegen. Foto: Patrick Seeger/dpa

Pößneck. Die Unabhängige Bürgerversammlung (UBV) und die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla sprechen sich gegen eine geplante Gebührenerhöhung des Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (Zaso) aus.

Der Zaso beabsichtigt, in seiner Sitzung am 15. Oktober die Grund- und Leistungsgebühren zu erhöhen. So soll für einen Zwei-Personen-Haushalt die Grundgebühr um 40 Prozent und die Leistungsgebühr zum Entleeren eines 120 Liter Abfallbehälters um 21 Prozent steigen. Für Bürgerversammlung und Bürgerinitiative sei dies unverantwortlich gegenüber einem Großteil der Bevölkerung. Der Vertreter der UBV im Zweckverband, Wolfgang Kleindienst, werde daher der Gebührenerhöhung nicht zustimmen und per Änderungsantrag eine maximale Erhöhung der Inflationsrate für 2018 von knapp zwei Prozent beantragen.

Eine weitere Absage werde nach Angaben der Bürgergruppen der beabsichtigten Einführung eines elektronischen Identifizierungssystems erteilt. Die Restmülltonnen sollen diesbezüglich mit einem Chip ausgerüstet werden. Die Kosten würden bei 900.000 Euro liegen, die jährlich prognostizierten Einsparungen lägen bei 120.000 Euro.

Grund der Ablehnung sei vor allem die Umstellung der Gebührenschuldner von Haushalten auf Grundstückseigentümer ab 2022. So werden zukünftig die Vermieter für ihre Mieter Gebührenschuldner. Die Kosten werden dann nach Aussage der Bürgerinitiative mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Wohnfläche umgelegt. Dies widerspreche dem Prinzip der Abfallvermeidung.

Die beiden Bürgerversammlungen seien von der Arbeitsweise der Verantwortlichen des Abfallzweckverbandes enttäuscht. Die 42 Tagesordnungspunkte der kommenden Sitzung seien gegenüber den Verbandsräten, der Verwaltung und auch den Bürgern unverantwortlich.

In der Vergangenheit wurden wiederholt Sitzungen abgesagt oder verschoben. Das sei unverantwortlich und zeuge von einem schlechten Arbeitsstil und einer Missachtung der Betroffenen.

OTZ / 12.10.18

## **Höhere Zaso-Müllgebühren erst einmal vertagt**

Zaso-Verbandsräte fordern Verwaltung zur Nacharbeit und müssen gleichzeitig wichtige Kostentreiber beschließen OTZ 16. Oktober 2018 / 02:59 Uhr

Hausmüll aus dem Zaso-Verbandsgebiet wird im Abfallbehandlungszentrum Wiewärthe in Pößneck

angeliefert. Die Gebühren dafür sollen kräftig steigen. Foto: Archiv/Wollschläger

Pößneck. Die geplanten drastischen Gebührenerhöhungen des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Saale-Orla (Zaso) wurden von der Zweckverbandsversammlung gestern vertagt auf eine Sondersitzung Ende Oktober – gänzlich zu vermeiden dürften sie kaum sein.

Anhebungen um rund 40 Prozent bei den Festgebühren für Haushalte, bis zu 26 Prozent bei den Kosten pro Entleerung und durchschnittlich um mehr als 25 Prozent für Selbstanlieferer sieht die Satzung vor. So würde zum Beispiel ein Zwei-Personen-Haushalt ab 2019 110 Euro pro Jahr Festgebühr zahlen müssen statt der jetzigen 78,60 Euro. Begründet wurden die Erhöhungen vor allem mit gestiegenen Kosten seit der letzten Gebührenanpassung vor drei Jahren. So haben sich laut Zaso-Finanzchef Rainer Siegmund allein die Aufwendungen für das Sammeln und Transportieren des Mülls mehr als verdoppelt. Die größten Kostentreiber aber heißen Grünabfallentsorgung und Personal. Wurde vor ein paar Jahren noch das von Bürgern angelieferte Grünzeug für nicht einmal 780 000 Euro angenommen und entsorgt, so kalkuliere man für 2019 und die Folgejahre mit rund 1,8 Millionen Euro, erklärte Siegmund. Noch einen größeren Anstieg mit rund 25 Prozent im Vergleich zur laufenden Gebührenperiode bringen die Personalausgaben des Zaso, die 2020 erstmals die Vier-Millionen-Marke übersteigen sollen. Bei den Verbandsräten stießen die Pläne, die wegen ihrer Brisanz und Komplexität wie auch andere Tagesordnungspunkte vom Zaso-Vorsitzenden Michael Modde von Beschluss- zu Diskussionsvorlagen umgewidmet wurden, auf entschiedene Kritik. „Wir können das nicht eins zu eins durchsetzen, was die Verwaltung einfach nur an Kostensteigerungen summiert“, sagte Saale-Orla-Landrat Thomas Fügmann (CDU), der wie sein Saalfelder Amtskollege Marko Wolfram (SPD) die Zaso-Verwaltung aufforderte, Vorschläge zur Minimierung gerade in den Bereichen Grünabfall und Personal zu unterbreiten. Wolfgang Kleindienst (UBV) forderte, alle geplanten Investitionen auf den Prüfstand zu stellen und vorerst auszusetzen, so etwa die allein über eine Million Euro teuren Umbauten am Pößnecker Wertstoffhof. Angesichts der rabiaten Kostensteigerungen wollten einige Verbandsräte auch die Beschlüsse zur Neuvergabe von Grünabfall-Annahmen an zwölf Standorten vertagen, mussten sich jedoch erklären lassen, dass dann die Ausschreibungen kippen und der Betrieb an den Standorten ab Jahresbeginn zum Erliegen käme. Notgedrungen wurden die Grünschnitt-Vergaben also von einer Mehrheit abgesegnet. Womit auch klar ist: Die Gebührensteigerungen werden kommen – mit wahrscheinlich eher kosmetischen Nachlässen gegenüber dem bisherigen Entwurf.

Jens Voigt / 16.10.18

## **Wenn die Mülltonne nach Leerung funkt**

Zaso will Banderolen-Verfahren durch Ident-System ablösen, um Entsorgung sicherer und transparenter zu machen OTZ 17. Oktober 2018 / 02:59 Uhr

Künftig wird die Zaso-eigene Mülltonne dank Transponder-Chip im Müllauto als solche erkannt und geleert. Die Technologie soll auch transparent machen, woher welche Stoffströme im Hausmüll kommen. Foto: Eichsfeldwerke

Pößneck. So mancher Hausbesitzer und Mieter kann davon ein garstiges Liedchen singen: Das Müllauto ist mit seiner Tour durch, aber die eigene Tonne noch voll. Weil die Banderole vergessen oder aus bösem Schabernack abgerissen wurde. Also müffelt der Unrat in der Tonne weitere 14

Tage dahin, muss vielleicht noch ein weiterer Müllsack erworben werden.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (Zaso) will dies nun ändern. Beginnend 2020, soll ein sogenanntes Ident-System eingeführt werden. Dafür werden die bisherigen Zaso-eigenen Abfall- und Papiertonnen mit einem Transponder versehen, der eine sechzehnstellige Hexadezimalzahl sowie Buchstaben zu einem Code vereint, der dem jeweiligen Gebührenschuldner – also bisher den einzelnen Haushalten – zugeordnet ist. Mit diesem gefunkten Code meldet sich die Mülltonne beim Entleerungsfahrzeug an, ihr Inhalt wird aufgenommen und die Entleerung mit Ort, Uhrzeit und Codenummer registriert. Der Zaso-Kunde muss keine Banderolen mehr kaufen und anbringen und bezahlt für die tatsächlich durchgeführten Leerungen per Jahresrechnung vom Zaso.

### **System würde Missbrauch Riegel vorschieben**

Rainer Siegmund, Finanzchef des Zaso, führt zugunsten des Chip-Tonnen-Systems mehrere Vorteile ins Feld: Statt für Banderolen, die von vielen auf Vorrat gekauft werden, bezahlt der Bürger dann für die tatsächliche Müllabfuhr. Schwarze Schafe, die bislang eine eigene Mülltonne per Banderole leeren lassen, sich aber durch Nichtmelden der haushaltsbezogenen Grundgebühr entziehen, hätten keine Chance mehr. Außerdem ließe sich so eine Mindestfrequenz zur Tonnenleerung durchsetzen – mithin gäbe es weniger Anreize für das immer wieder zu beobachtende illegale Entsorgen im Wald oder an Straßenrändern. Nicht zuletzt würden Fälschung und Diebstahl von Müllbänderolen keinen Sinn mehr ergeben – auch wenn der Zaso zum Ausmaß dieses Problems bislang keine konkreten Angaben vorlegte. Dass es bei Einführung der Transponder-Tonnen auch nicht mehr das knappe Hundert an Bänderolen-Verkaufsstellen samt deren Einnahmen-Beteiligung bedarf, wird in Siegmunds Begründung zwar nicht explizit erwähnt, dürfte aber durchaus ein weiteres Argument sein. Nicht zuletzt erwartet der Zaso durch das Ident-System mehr Klarheit darüber, wie die Abfallentsorgung in den jeweiligen Orten und Straßen tatsächlich genutzt wird, wo möglicherweise gewerbliche und private Abfälle sich unzulässig vermischen oder welche Behältergrößen tatsächlich die jeweils richtigen sind. „Mit dem jetzigen System wissen wir im Grunde nicht, was uns die Entsorger tatsächlich bringen“, betonte Siegmund in der jüngsten Zweckverbandsversammlung. Allein durch das mit dem Chip-System zu verbessernde Stoffstrom-Management seien erhebliche Effizienzsteigerungen in der Abfallentsorgung zu erwarten. Und auch der Anreiz zur Mülltrennung durch den Verbraucher werde steigen.

Allerdings birgt das neue System auch Nachteile. Zum einen könnte die Zahl der Widersprüche steigen und ausstehende Leerungsgebühren müssten vom Zaso mit vollstreckt werden. Und natürlich würde die Umstellung, für die Siegmund drei Jahre veranschlagt, ziemlich viel Geld kosten: Rund 80.000 Euro allein in der Beratungsphase ab 2019, knapp 900.000 Euro für Chips, Technik und Fahrzeugumrüstung. Zwar rechnet der Finanzchef langfristig mit mindestens 120.000 Euro Einsparungen pro Jahr durch das neue System, doch in einer Zeit, da der Zaso Verbandsräte mit einer geplanten exorbitanten Gebührenerhöhung auf die Palme bringt, sind für solche Vorhaben Sympathien nur schwerlich einzuwerben. Verbandsvorsitzender Michael Modde jedenfalls sah am Montag kein gutes Umfeld für das Werben für das Identsystem und verschob es in die für Ende Oktober geplante Sondersitzung. Dann sollen neben der umstrittenen Gebührenerhöhung auch Haushalt und Finanzplan des Zaso für 2019 bis 2022 beschlossen werden – und die Zeichen stehen eher auf stürmische Debatten und möglicherweise zahlreiche erregte Gäste. Denn als 37. und letzten Punkt im öffentlichen Teil behandelte die Verbandsversammlung am Montagabend den Antrag von

SOK-Landrat Thomas Fügmann (CDU), der darauf zielte, die als gesundheitsgefährdend vermuteten Kesselstäube der Zaso-Verbrennungsanlage TVS nicht länger auf der Pößnecker Deponie Wiewärthe abzulagern, sondern anderswo zu entsorgen. Ansonsten werde der Saale-Orla-Kreis einer Laufzeitverlängerung der Deponie über 2024 hinaus nicht zustimmen. „Es geht darum, in der Region Pößneck wieder Vertrauen zu schaffen“, betonte Fügmann.

Sein Saalfelder Amtskollege Marko Wolfram (SPD) hielt dem entgegen, dass entsprechende Immissionsmessungen noch laufen und ein Beschluss zur zügigen Staubabtrennung angesichts der Kostenproblematik nicht infrage komme. Allerdings hatte schon die Halbjahres-Bilanz der gemessenen Immissionen keine Grenzwert-Überschreitung ergeben, und so werde auch das neuerliche Gutachten sicher nichts belegen, was gegen eine weitere Deponierung der Kesselstäube spreche, argwöhnte Verbandsrat Wolfgang Kleindienst (UBV). Am Ende stimmten alle anwesenden Verbandsräte aus Saalfeld-Rudolstadt gegen Fügmanns Antrag - und dank einer weiteren Enthaltung von Arnfried Völm (CDU/SOK) wurde er abgelehnt.

Jens Voigt / 17.10.18